

Initiative für ökologischen und
nachhaltigen Hochwasserschutz
Fritz Robeischl & Team
Fuchsschweif 5
4230 Pregarten

Pregarten, 27.01.2019

Herrn KommRat Landesrat Elmar Podgorschek
Altstadt 30
4021 Linz

Betreff: Ihre Stellungnahme an den Petitions- und Rechtsbereinigungsausschuss zu den
Forderungen der Initiative zum HWS-Projekt Aist.

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Sie wurden ersucht, in Ihrer Zuständigkeit zu unserer Petition eine Stellungnahme abzugeben.
Dazu möchten wir Ihnen noch einige wichtige Infos geben.

Der P+R-Ausschuss führt bei unseren Forderungen auch die Änderung des
Wasserbautenförderungsgesetzes an.

Dezidiert verlangen wir das nicht, **wichtiger erachten wir die Verschmelzung und Abstimmung
von Planungen und Maßnahmen in den Bereichen Gewässerökologie, Umweltschutz im
weitesten Sinn des Wortes und Hochwasserschutz zu einem Projekt.**

Ob es dazu einer Änderung des WBFVG bedarf oder ein anderer Weg möglich ist, können wir nicht
beurteilen. Das Ziel ist uns wichtig.

Wichtig ist auch, dass die von führenden Beamten gemachten Angaben zur Einzugsgebietsgröße
und den Kosten für dezentrale Lösungen ohne Einfluss der Beamten durch einen unabhängigen
Ziviltechniker berechnet werden. Denn wir müssen annehmen, dass weder Ihnen noch den
AbgeordnetInnen, verbindliche Angaben über die Abdeckung der Einzugsgebietsgröße oder
möglichen Mehrkosten für dezentrale Rückhaltebecken zur Verfügung stehen.

Beispielsweise wurden Sie selbst und Hr. LH a. D. Dr. Pühringer bei der Verfassung eines Briefes
an die Initiative vom 14.11.2016 falsch informiert. Ihre Fachbeamten gaben eine 15%
Einzugsgebietsabdeckung an, tatsächlich sind es jedoch 60-70%. Weiters wurde in einer HWS-
Verbandssitzung von Spitzenbeamten eine nicht fundierte Kostenangabe für dezentralen
Hochwasserschutz an die Bürgermeister herangetragen. Nach diesen Angaben sollte eine
Dezentralisierung, wie sie von der Initiative gefordert wird, bis zu fünfmal mehr als die Amtsversion
kosten.

Der Streit um die Sache selbst ist ohnehin schwer genug, derartige Angaben zu verbreiten macht
aber alles noch viel schwieriger. Nur wenn Grundlegendes wie Einzugsgebietsgröße und Kosten
sauber berechnet werden, können verantwortungsvolle Entscheidungen getroffen werden.

Sie werden sich sicher noch an unsere gemeinsame Info- und Besichtigungstour im März 2016
erinnern und wie beeindruckt Sie von der Zerstörung und vom schlechten Zustand unserer
Gewässer waren. Daran hat sich nichts geändert!

Bedenken Sie bitte auch, dass nach dzt. Stand bei beiden beabsichtigten Rückhaltebecken vor Freistadt (Passberg und Thurytal 2) Grundenteignungen notwendig wären. Hr. Bgm. Lindner als Verbandsobmann hat aber mehrmals zugesagt, dass Derartiges für ihn nicht in Frage kommt. Warum akzeptiert man die Realität nicht, wenn am Ende das Amtskonzept ohnehin an der Grundverfügbarkeit scheitert? Müsste hier nicht der HWS-Verband oder die Beamten alles abblasen? Unverantwortlich, wie hier wertvolle Zeit und hart verdientes Steuergeld vergeudet wird.

Erwähnen müssen wir nochmals auch das Ergebnis der Bürgerabstimmung. Von 3022 BürgerInnen votierten 98% für Dezentralisierung, das Amtskonzept findet keine Akzeptanz in der Bevölkerung. Gerade die FPÖ ist 2015 für Veränderung und mehr Bürgernähe angetreten und auch gewählt worden. Jetzt liegt es an der FPÖ und Ihnen, das Ergebnis der Abstimmung wertschätzend umzusetzen.

Viele Bürger wissen inzwischen um die vielfältigen Herausforderungen rund um das Thema Hochwasserschutz, um die zerstörten Gewässer, um die Versandung, um den Lebensraumverlust für die Gewässerfauna u.v.m. Bescheid. Das Amtskonzept hat daher nach unserer Einschätzung keine wirkliche Chance mehr auf Realisierung. Auch aus dieser Sicht wäre es sinnvoller, das Amtskonzept abzubrechen und Geld, Kraft und Zeit für ein Zukunftsprojekt zu verwenden.

Übrigens: Im nachstehend angeführten EU - LIFE - Projekt werden die gleichen Ziele angeführt, welche seitens der Initiative bereits neun Jahre gefordert werden.

Mailaussendung des Ministeriums (Teilkopie):

Köstinger: Nachhaltiges Flussraummanagement in Österreich

Österreichs erstes integriertes LIFE Projekt startet im Jänner

Der **GE-RM-Planungsprozess** hat das Ziel anstelle unzähliger, sich teilweise auch widersprechender Einzelprojekte an Gewässern, eine koordinierte, räumlich übergeordnete Maßnahmenplanung zu fördern und Synergien aus allen Bereichen zu nutzen. Das Ergebnis dieser Planungen sind aufeinander abgestimmte **Maßnahmenkonzepte**, die sowohl die **ökologischen Ziele als auch die schutzwasserwirtschaftlichen Erfordernisse für das Gewässer berücksichtigen**.

Gemeinsam die anstehenden Erfordernisse erledigen, kostet weniger (nicht bis zu 5x mehr) und bringt wesentlich mehr Nutzen.

Die Wasserbaubeamten wissen das auch und trotzdem verharren sie im niemals angepassten WBFG.

Statt Anpassung an die neuen Herausforderungen zu forcieren, wurden und werden Unwahrheiten zum Konzept der Initiative verbreitet.

Wir sind der Überzeugung, dass nur durch engagiertes Handeln der Politik dieses auch gegenüber der Öffentlichkeit unzumutbare Verhalten geändert werden kann.

Sie sind ressortverantwortlich, machen Sie bitte Nägel mit Köpfen und schöpfen Sie ihre große Einflussmöglichkeit aus.

Dieses Gezerre ist unerträglich und nicht die Beamten, sondern Sie, die FPÖ und die Politik im Allgemeinen erleiden dadurch Schaden in der Öffentlichkeit.

Treffen Sie bitte eine gute Entscheidung für unsere Natur, für unsere Heimat und für unsere Nachkommen.

In Anbetracht einer nicht leichten, aber klaren Ausgangslage erwarten wir uns das von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen aus der Aistregion

Fritz Robeischl
(für die Initiative)

NS: Veranlassen Sie bitte bis Mitte Februar die Übersendung aller für eine Überprüfung des HWS-Projektes Aist (inkl. KNU) erforderlichen Unterlagen lt. Aarhus-Konvention an meine Adresse.